

**Antrag
zur Tagesordnung des Rates am 15.12.2010:**

„Vorlage eines detaillierten Verzeichnisses über die freiwilligen Leistungen der Stadt Hilden zu den Haushaltsplanberatungen 2011“

Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen:

„Der Bürgermeister wird beauftragt, den Fraktionen rechtzeitig vor den Haushaltsplanberatungen 2011 ein detailliertes Verzeichnis sowohl über die freiwilligen Leistungen als auch über die Pflichtaufgaben der Stadt Hilden vorzulegen, unterteilt nach:

- 1. freiwilligen Aufwendungen*
- 2. freiwilligen Aufwendungen mit vertraglicher Bindung bis zum ...*
- 3. Pflichtaufgaben, die dem Grunde und der Höhe nach vorgeschrieben sind*
und
- 4. Pflichtaufgaben, die dem Grunde nach, aber nicht der Höhe nach vorgeschrieben sind.*

Stehen den Aufwendungen auch Erträge gegenüber, ist der Differenzbetrag anzugeben. Soweit Kontrakte mit Dritten bestehen, sind diese anzugeben.“

Begründung:

Mit diesem Antrag greift die „Bürgeraktion Hilden“ eine in 2006 von allen Fraktionen – mit der Ausnahme der FDP – durch Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses am 08.02.2006 unterstützte Initiative der CDU-Fraktion (Frau Urban/Dr. Bommermann) auf.

Die Antragsbegründung der CDU aus dem Jahre 2005 hat fünf Jahre später nichts von ihrer Aktualität eingebüßt:

Der Situation des Haushalts droht (...) eine erhebliche Verschlechterung aus verschiedenen Ursachen.

Die (...) -Fraktion möchte auf jeden Fall vermeiden, dass Hilden in ein Haushaltssicherungskonzept gerät und damit weitgehend handlungsunfähig wird. Andererseits wäre es im Interesse einer soliden mittel- bis langfristigen Haushaltsplanung unvermeidbar, laufende Ausgaben aus dem Vermögen der Stadt zu bestreiten und damit letztlich eine Aufzehrung des städtischen Vermögens zu betreiben. Gänzlich abzulehnen ist der Gedanke, hierfür neue Schulden zu machen.

Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ist es daher (...) geboten, rechtzeitig die freiwilligen Ausgaben einer strikten Kontrolle hinsichtlich ihrer Notwendigkeit zu unterziehen. Für eine sachgerechte Entscheidungsfindung, an welchen Stellen der Bevölkerung notwendige Kürzungen am ehesten zugemutet werden können, sind die erbetenen Informationen notwendig.



Udo Weinrich, „Bürgeraktion Hilden“